

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 8. Oktober 1920, Nr. 322.

Unentgeltliche Lernmittel für Volks- und Bürgerschulen. Mit Beginn des gegenwärtigen Schuljahres hat die Gemeinde Wien die Aktion wegen unentgeltlicher Belieferung der Schulen mit Lernmitteln ausgebaut. Während im Vorjahre nur die Volksschüler mit Lernmitteln ausgestattet werden konnten, da für die Bürgerschulen die entsprechenden Behelfe nicht erhältlich waren, sind heuer auch die Bürgerschüler in die Aktion einbezogen worden. Die Summe, die dafür im Budget in Aussicht genommen ist, beträgt 20 Millionen Kronen, doch wird es durch die unausgesetzt steigenden Preise nur bei größter Sparsamkeit gelingen, das Auslangen zu finden. Immerhin kommt der Gemeinde zu statten, daß ein großer Teil der Lernmitteln schon früher angeschafft wurde und daß das amerikanische Rote Kreuz durch eine Spende von 4000 kg Wollgarn den Handfertigkeitsunterricht ermöglicht hat. In welcher außerordentlich einschneidender Weise diese unentgeltliche Beteiligung mit Lernmitteln die einzelne Familie entlastet, geht aus der Anführung der Detailpreise hervor, die natürlich noch weit höher sind, als jene Preise, die von der Gemeinde bei Bestellungen zu zahlen sind. So kostet eine gewöhnliche Schreibfeder K 1.-, ein Bleistift K 4.-50, eine Schiefertafel K 24.- bis K 30.-, ein Dreieck K 20.-, eine Reisschiene K 36.-, ein Reissbrett K 80.- bis K 90.-, Zeichenfedern je nach der Größe K 3.-60 bis K 6.- und noch mehr, für ein einfaches Schreib- oder Rechenheft sind K 3.- zu zahlen. Klebenmittel haben einen Kilogrammpreis von K 180.- erreicht. Tusch in den kleinsten Fläschchen kostet K 12.- bis K 15.- und selbst der allerbilligste Artikel in der Liste der Lernmittel, der Griffel für die Kleinsten, ist nicht unter 90 h zu erhalten. Geradezu unerschwinglich sind aber bereits die Reiszzeuge geworden. Einen ungeheuren Aufwand erfordern naturgemäß die Schulbücher. Ein Atlas in der bescheidensten Ausstattung kostet K 25.-. Die Jugendschriften sind mit Rücksicht auf den Wegfall des Lesebuches in stärkerem Ausmaß herangezogen worden als früher einmal. Allerdings werden die Kinderbücher in die Hand bekommen, die sie sonst nur gelegentlich der Weihnachtsfesttage als besonderes Geschenk erhalten haben, so Grimm's Märchen, Lessing's Fabeln, Schiller und Goethe, japanische und norwegische Volksbücher, Legenden von Tolstoj, Altwieser Erzählungen und die Eibelungen-Sage. Es kann zweifellos behauptet werden, daß die ganze Schulreform und die Durchführung derselben nicht so überaus gescheitert wäre, wenn die

Gemeinde Wien nicht mit der Beistellung der Lernmittel eingesetzt hätte, weil Tausende von Familien des Arbeiter- und Angestelltenstandes unmöglich diese großen Ausgaben hätten bestreiten können.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 8. Oktober 1920, Nr. 323.

Vortrag des städtischen Feuerwahrinspektors Stanzig. Im Rahmen der freien Vereinigung für technische Volksbildung hält der städt. Feuerwahrinspektor Stanzig morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr im Hörsaal II, des elektrotechnischen Institutes einen Vortrag über „Feuerschäden und ihre Bekämpfung.“

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 8. Oktober 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und gibt die Spenden bekannt.

Der Badische Männerchor, in Rochester für die hungernden Kinder Wiens Lebensmittelanweisungen im Werte von 225 Dollar.

Die vaterländische Vereinigung in New York zur Verteilung an Notleidende Wiens 2 Kisten Lebensmittel.

Karl Fichler, Wien, XVIII., für die Armen Wiens K 100.-

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) hat einen Antrag betreffend die Ausgabe von Kontrollkarten für die freie Fahrt auf der Straßenbahnlinie 80 für die Bewohner der Freudenau und der Schiffmühlen eingebracht. Der Antrag geht an die Straßenbahndirektion zur Antragstellung.

In Angelegenheit des vom GR. Franz Haider (chr. soz.) wegen Entlassung der Straßenbahnbdiensetzten Josef Kässmayer wird der Antragsteller gemäß § 19 der Geschäftsordnung vor Schluß der öffentlichen Sitzung die Dringlichkeit zu begründen haben.

GR. Kutschak (chr. soz.) hat beantragt: Der Gemeinderat wolle beschließen: Seine Funktionsperiode endet mit 31. Manner 1921, die Neuwahl des Gemeinderats ist ohne Verzug auszuschreiben und auf Grund der Wählerlisten für die Wahl in die Nationalversammlung durchzuführen. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden.

Der Bürgermeister macht weitere folgende Mitteilung:

Heute vormittags hat in Angelegenheit der Beistände für Arbeitsverträge jener Arbeitnehmer, welche Arbeitsanträge (Kollektivverträge) unterliegen sowie in Angelegenheit der Dienstordnung für die Bediensteten, Arbeiter und Funktionäre der städtischen Straßenbahn eine Sitzung des Stadtsenates stattgefunden. Hierin ist

wie mir Herr Dr. Kiertholt mitteilt - er verspätet eingeladen worden; die Einladung wurde ihm erst um 12 Uhr vormittags durch einen Diener zugestellt. Ich habe den Auftrag gegeben, dass die Einladungen rechtzeitig erfolgen. Dieser Auftrag wurde nicht befolgt, und ich werde daher gegen den betreffenden Diener die Disziplinarbehandlung einleiten lassen. Demzufolge werden die beiden Anträge von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und es wird morgen nachmittag eine Gemeinderatsitzung stattfinden, nachdem vormittags abends die Staatsrat sich mit der Angelegenheit beschäftigt haben wird. Ich bitte den Gemeinderat, davon Kenntnis zu nehmen. Es sind dringende Angelegenheiten und infolgedessen kann nicht anders vorgegangen werden.

Der Bürgermeister teilt weiter mit, dass zu Punkt 3 und 4 der Tagesordnung niemand zum Worte gemeldet hat, die betreffenden Anträge daher als angenommen gelten.

GR. Kokrda (Soz.-Dem.) berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien zur Nichtaufhebung des Weintraubenzolles. Dieser Zoll sei im alten Staate als Schutzzoll errichtet worden, um die Weinbautreibenden Gebiete zu schützen. Damals betrug er 40 K für den Meterzentner Ware und wurde jetzt auf 1000 K erhöht. Da jene Gebiete, welche im alten Staate Weinproduzierend waren, heute fast zur Gänze als Ausland in Betracht kommen, gäbe es nichts mehr zu schützen. Der Magistrat der Stadt Wien habe sich daher in einer sehr ausführlichen Zuschrift an das Staatsamt für Finanzen gewendet und verlangt, es möge dieser seinerzeit als Schutzzoll wirkender Zoll entsprechend verringert werden. Das Staatsamt für Finanzen habe in seiner Antwort darauf verwiesen, daß Weintrauben in Form von Postkolli ohnehin schon zollfrei seien, im Übrigen aber das Ansuchen der Stadt Wien abgelehnt. Der Referent stellt dahin den Antrag: Die Gemeinde Wien ist nicht in der Lage die Zuschrift des Staatsamtes für Finanzen vom 17. September 1920 betreffend die Nichtaufhebung des Weintraubenzolles zur Kenntnis zu nehmen, fordert vielmehr die Bekanntgabe jener wirtschaftlichen und ernährungspolitischen Rücksichten, die nach Ansicht der Regierung zutreffen müssten, um die Aufhebung des Weintraubenzolles zu verfügen. Fordert weiters die Widerlegung jener wirtschaftlichen und ernährungspolitischen Rücksichten, welche die Gemeinde Wien in ihrer Petition vom 2. September l. J. für die Forderung nach Aufhebung dieses Zolles vorgebracht hat. Fordert endlich abermals die unverzügliche Aufhebung dieses Zolles. Dieser Beschluß ist sowohl den Herrn Leiter des Kabinettsrates als auch den Herrn Staatssekretär des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft und den Herrn Leiter des Staatsamtes für Volksernährung zur Kenntnis zu bringen.

GR. Hübner (christlichsozial) begrüßt den Antrag und meint, dass man den Staatsamt für Finanzen unter dem Titel aus wirtschaftlichen und ernährungspolitischen Gründen wohl nicht den hohen Zoll auf die Weintrauben, die ja ein Volksernährungsmittel seien, zugestehen könne. Er sagt weiter, dass in der ganzen Ernährungsfrage ein Chaos herrsche und dass man sich fast fragen müsse, ob es die staatlichen Stellen nicht darauf abgesehen haben, dass die Stadt Wien zugrunde geht. An den Bürgermeister richtet Redner das Ersuchen, alles daran zu setzen, damit im Staatsamt für Finanzen endlich einmal geordnete Verhältnisse einkehren. Es kann nicht so weitergehen, dass so riesenmäßige Mengen die Lebensmittel gelegt werden.

GR. Feldmann (deutschst.) bemerkt, dass nicht nur bei den Weintrauben, sondern auch bei anderen Lebensmitteln ganz nach der Schablone die Einfuhr verboten wird, zu einer Zeit, wo die Waren im Auslande billig zu haben sind, einfach deshalb weil

Syndikate solche Waren in Anrollen gehabt haben. Der legitime Handel bekommt die Einfuhrbewilligung nicht und die Schleichhändler ziehen daraus Nutzen. Das Finanzamt hat Kaffee auf die Liste der Luxusartikel gesetzt, obgleich er ein Volksernährungsmittel ist. Das gleiche geschah bei Süßfrüchten. Dagegen müsse der Gemeinderat Protest erheben und der Redner stelle daher folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien spricht sich dagegen aus, dass wichtige Lebensmittel, wie Kaffee, Süßfrüchte u. dgl. auf die Liste der Luxusartikel gesetzt und so für die Einfuhr völlig ausgeschlossen werden.

Der Referent spricht sich gegen diesen Antrag aus, da das Da es nicht richtig sei, dass der Artikel Kaffee auf die Liste der Luxusartikel gesetzt wurde. Man dürfe auch nicht einen Protest in dieser allgemein gehaltenen Form erheben.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen, der Antrag Feldmann der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Hüss (Soz.-Dem.) beantragt von dem im Herbste 1918 ausgegebenen und bereits außer Kurs befindlichen städtischen Notgeldes weitere 10.000 Serien bestehend aus je 4 Stück zu 5, 20, 50 und 100 K für Sammelzwecke auszugeben und zum Preise von 50 K zu verkaufen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) beantragt die nachträgliche Genehmigung der vom Bürgermeister getroffenen Verfügung, betreffend einmalige Zuwendung für städtische Angestellte in der Höhe von 400 K bis 1000 K

GR. Doppler (chr. soz.) sagt, daß mit der Vorlage die Mehrheit weit hinter ihren Versprechungen zurückbleibe. Wenn der Herr Referent sagen wird, daß die Vorlage ja nichts anderes beinhalte, als das was der Staat bereits gemacht hat, so besteht darin doch ein Unterschied. Staatsangestellten haben nicht die Regulierung hinter sich wie die Gemeindeangestellten, sie stehen im Begriffe eine Bezahlungreform zu bekommen. Es ist auch kein Grund vorhanden, daß sich der Referent in der Gemeinde auf den gleichen Standpunkt stellt wie der Staat. Am 30. Juni haben die Gemeindeangestellten eine Eingabe wegen Verdoppelung ihrer Bezüge gestellt, doch ist von Seite der Mehrheit bis heute dazu nicht Stellung genommen worden. Die Mehrheit hat es zu Wege gebracht, die städtischen Angestellten zu teilen und noch weiter zu teilen, in-dem sie die Angestellten der Unternehmungen in einer eigenen Gewerkschaft vereinigt hat, der sie besondere Benefizien gegeben hat. Wenn aber der Referent gesagt hat, das tue die Mehrheit nicht, so vertritt er doch den Standpunkt je weiter man teile, desto leichter herrsche man. Das ist oben die Übung der Beamtenfreundlichkeit der Mehrheit, daß sie die verschiedensten Mittel anwendet, um die Angestellten zusammen zu halten. Auch bei den Lehrerernennungen habe sich gezeigt, daß nicht die Objektivität entschieden hat.

Wie hat Tomola die Lehrer ernannt? (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten).

GR. Doppler (chr. soz.): Wenn Sie sagen wollen, daß es früher auch so gemacht wurde, so muß gesagt werden, daß es nicht so war, und wenn es so gewesen wäre, so haben doch Sie gesagt, Sie werden es besser machen. Es wird aber die brutalste Gewalt in allen Vorlagen der Angestellten geübt. Noch nie ist ein Initiativgedanke darin zu sehen gewesen. Sie sollten mustergiltig in Angestelltenfragen vorgehen.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) Nach Ihrer Wirtschaft!

GR. Doppler (chr. soz.): Auch die Pensionistenfrage ist als ganz rückständig in den Pensionsnormale verhandelt worden. Auch das ist eine kleine Knebelung der Angestellten. Sie gehen verschiedene Wege in den Angestelltenfragen; wenn es leicht geht, wird geteilt, wenn nicht, werden die Leute mit den gewissen Klammern der Zwangsorganisation zusammen gehalten und wenn das auch nicht geht, dann fängt eine gewisse Mühseligkeit an, was man in der letzten Zeit sehen konnte. Ihre Angestelltenpolitik schreit um Vergeltung und es ist hohe Zeit, daß Sie zu Falle kommen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie es auch nicht glauben, so wird es doch so kommen müssen, denn Sie sind reif und das von Ihnen geschaffene Unglück zu stürzen, um die Bevölkerung wird dies in einigen Tagen vollziehen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Referent St. Speiser sagt in seinem Schlusswort GR. Doppler hat die Gelegenheit, dass eine selbstverständliche Terminfrage die Zuwendung an die Angestellten erfolgt, zu einer vorbereitenden Wahlrede benützt um an der Not der Zeit sein Stüppchen zu kochen. Sie sind die Hyänen des wirtschaftlichen Reichensfeldes (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Die Herren, die 20 Jahre hindurch mit Protektion und Knete gearbeitet haben (heftige Zwischenrufe bei den Christlichsozialen) Die Bevölkerung weiss schon wie sie daran ist) Speiser fortgehend: Die Herren, die in der Gemeinde Wien 20 Jahre vor dem Kriege schon die Angestellten hungern lassen, die während des Krieges Gehaltserhöhungen vorgenommen haben, die gerade zu erbärmlich zu nennen sind, sie wagen es vor den Wahlen das allgemeine wirtschaftliche Elend, an dem sie die Schuld tragen, für ihre Zwecke auszunützen. Sie getrauen sich heute uns Phrasen und demagogische Versprechungen vorzuwerfen, die jetzt drüben in den Versammlungen auf der Not, dem Elend und dem vergossenen Blut ihre schändliche Agitation aufbauen (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten) Protestrufe bei den Christlichsozialen). Die Herren, die nach dem Beschlusse der

neuen Gemeinderats ihre Anhänger zum Steuerstreik aufgerufen, die 20 Jahre hindurch ihre Pensionisten in Gruppen und Gruppen stellen haben, getrieben und für jede einen eigenen Schutzhelfer angestellt haben, getrieben sich hier gegen die Mehrheit aufzutreten, die die Pensionistenpolitik dieser Stadt zur Genugung geführt hat und immer mehr zur Genugung führen wird (Gelächter bei den Sozialdemokraten) Eine solche Genugung! Gegenüber: Hören Sie auf!

mit dieser Komödie) Die Herren erheben sich über Gärtnerswirtschaft zu reden. Sie die jeden Angestellten, der in den Dienst der Stadt eintreten wollte, das Ehrenwort abgenommen haben, dass er kein Sozialdemokrat ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten) Während Sie jeden Straßenbahnarbeiter hinausgeworfen haben, der sich von Organisation zu reden getraute, ist von Seite der jetzigen Gemeinderatsmehrheit auf die Organisationsformen der städtischen Angestellten nicht der geringste Einfluss genommen worden. Früher haben die städtischen Angestellten mit Chiquette und Frack aufmarschieren müssen, wenn sie Wünsche vortragen wollten, sie mussten in den Vorzimmern ihre Buckel machen und sind dann mit der Redensart abgepepelt worden, was sie denn eigentlich wollen. Da ja die Preise für Kraut und Kartoffel noch nicht gestiegen sind. Wenn Sie davon reden, dass am 17. Oktober die Volksentscheidung fallen wird, wir sagen Ihnen: Wir fürchten diese Entscheidung nicht. Es wird sich zeigen, wie viele Menschen nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre wach geworden sind. Sie werden niemals Leute zu Ihren Vertretern wählen, die die Ausbeuter in diesen Straßentüchern, sondern Angehörige einer Partei, die sich immer auf die Seite Angebe-

Der Referentenantrag wird soeben angenommen.

Der Lärm im Saale und die Zwischenrufe setzen sich auch während der Abstimmung und des folgenden Referates des StR. Spaiser über den Aufwand als Anlaß der Unterrichtsreform fort.

Im Lärm hört man wie GR. Rotter (chr. soz.) zu dem in seiner Nähe stehenden GR. Staatssekretär Eldersch (Soz. Dem.) sagt: Wer beutet Sie aus!

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Mit Ihnen rede ich nicht!

GR. Rotter (chr. soz.) Sie werden nicht ausgebeutet! Sie sind ausgefressen.

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Schau'n Sie sich die Bäuche Ihrer Parteigenossen an. Sie dummer Kerl!

Dieser Zwischenfall, der unter lebhaftesten Zwischenrufen von beiden Seiten des Hauses abspielt, dauert einige Zeit, worauf wieder Ruhe eintritt.

Der Bürgermeister verkündet mittlerweile, daß das vorhin erwähnte Referat von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil es wohl im Finanzausschusse und auch im Stadtsenate verhandelt wurde, aber auch noch den Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten passieren müsse.

GR. Siggel (Soz. Dem.) berichtet neuerlich über die Neubestimmung der Wassermesserrenten.

GR. Roth (chr. soz.) fragt den Referenten, welche Tarife für die Ermäßigung der Wassermesserrente in Betracht kommen und ersucht ihn das Wasserbezugsrevisorat zu veranlassen, daß es die

Hausbesitzer verständige, wie groß der Durchmesser ihrer Zuleitungsrohre sei, da sonst niemand wisse, unter welchen Tarifposten seine Abgabe falle.

GR. Rotter (chr. soz.) betont, daß die Wassermesserrente ganz wesentlich erhöht wird und daß die Erhöhung 10 und mehr Prozente ausmache. Die Berechnung von 25 Liter pro Tag für die Person habe schon vielfach im Frieden nicht gestimmt und sei jetzt durch verschiedene Umstände, umso weniger richtig. Wenn gesagt wird, daß die Erhöhung der Wassermesserrente ein Grund zur Zinssteigerung sein werde, so müsse gesagt werden, daß keine Zinssteigerungen vorgenommen werden, sondern daß die Erhöhungen der Zinse nur die Vergütung für die Auslagen darstellen, die auferlegt werden. Bei der Gelegenheit müsse auch festgestellt werden, daß nicht ein christlichsozialer Mandatar für die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes gesprochen habe. Allerdings gäbe es eine Menge von Mietern, die im Kriege reich geworden sind und die des Mieterschutzgesetzes nicht bedürfen. In dieser Beziehung sei das Gesetz Änderungsbedürftig. Wenn gesagt wurde, daß die frühere Partei eine Hausherrenpartei war, so müsse dem entgegen gehalten werden, daß auch Gewerbetreibende und Arbeiter darunter waren. Von den jetzigen hundert sozialdemokratischen Gemeinderäten seien nur 20 Arbeiter. Unter den Besitzlosen der jetzigen Mehrheit sei auch Bgm. Reumann und VB. Emmerling als Nichtbesitzer der Arbeiterzeitung, GR. Skaret als Besitzer der Hammesbrotwerke, Geißler bei den Sozialdemokraten, 2 Herren sind Villenbesitzer, und die GRs. Müller, Herrmannstein, Reismann etc. sind auch Besitzer. Die Mieter werden bedrückt mit Abgaben und die Hausherren müssen die Abgaben einkassieren. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent sagt in seinem Schlußwort, daß er trotz der Einwendungen des GR. Rotter bedauern müsse, kein Wort von dem zurücknehmen zu könne, was er in der letzten Sitzung gesagt habe sondern daß er bemüht sei seine Worte vollinhaltlich aufrecht zu erhalten. Weiter sagt der Referent, daß er dafür sorgen werde, daß die Hausbesitzer von der Type der Wassermesser in Kenntnis gesetzt werden und daß die Rente einbezahlt wird. Was die Häuser mit Mehrverbrauch anlangt, so komme ein solcher nur in Häusern, die von besser situierten Mietern vor und dafür müssten eben die Kosten hierfür getragen werden. Wenn GR. Rotter sich über die Besitzlosen seiner Partei aufgehalten habe und auch vom Einkommen des Referenten gesprochen habe und davon, daß er auch mehr Zins zahlen könne, als früher, so könne er recht haben, er möge aber auch zur Kenntnis nehmen, daß Referent um 60 % gesteigert worden sei. Es wundere Redner, daß er nicht auch unter den Besitzlosen gezählt worden sei, da er ein Schrebergartenhäuschen habe und ein Vogelhaus zu Hause habe, indem allerdings kein Bewohner ist.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen. GRin. Amalie Seidel (Soz. Dem.) berichtet über die Aktion zum Schutze des Wiener Waldes und die Beitragsleistung der Gemeinde im Ausmaße von 500.000 K. unter der Bedingung, daß auch der Staat und das Land die entsprechenden Beiträge leisten.

GR. Hoffner (christl.-soz.) vermisst in dem Berichte konkrete Vorschläge zum Schutze des Wienerwaldes. Mit der Verstärkung der Gendarmerie ist nichts getan. Man wisse, dass die Leute im Vorjahre hinausgegangen sind, und die Mühe einfach abgedrückt haben. Wenn wir nicht in diesem Winter Kohlenhilfe bekommen, müssen alle Schutzmassregeln nichts. Redner fordert den Bürgermeister auf, sich darüber zu äußern, welche Vorkehrungen für die Versorgung Wiens mit Brennstoffen getroffen worden sind.

GR. Dr. Glasauer (christl.-soz.) sagt, er habe es für einen Mangel an Voraussicht der städtischen Verwaltung, dass man häufig bezüglich der Holzbeschaffung in Oktober wieder dort stehe, wo man im vorigen Jahr um diese Zeit gestanden sei. Man habe alle Verbesserungsvorschläge abgewiesen und das Geschäft der Länderbank übergeben. Jetzt komme man mit Vorschlägen, die der Zeit vor dem Jahre 1918 güttauständen, aber zur Zeit der Republik finde Redner die Anwendung von Gendarmen und Bajonetten sehr unangebracht. Er bedauere, dass man die Holzaufbringung der Länderbank übergeben habe und es wäre gut, einmal Einblick in die Geschäftsabwicklung zu bekommen. Deutschösterreich sei eines der waldbreichsten Gebiete Europas und dennoch leide man an Holzmangel. Das sei hauptsächlich auf die Zwangswirtschaft zurückzuführen. Daher stelle er den Antrag, von der Regierung die Aufhebung aller Zwangsmassnahmen, die die Holzaufbringung hindern, zu verlangen.

GR. Rotter (chr. soz.) wünscht, daß nicht nur der Wienerwald und die Auwäldungen in Floridsdorf, sondern auch der Wald am Laserberg, der Prater und alle öffentlichen Anlagen genügenden Schutz erfahren.

Referentin GRin. Seidel (Soz. Dem.) betont im Schlußworte, daß sie nicht gesagt habe, daß es selbstverständlich ist, daß die Leute bei Eintritt der kalten Jahreszeit in den Wiener Wald hinausgehen müssen und daß nur Schleichhändler hinausgehen, sondern daß sie gesagt habe, daß Leute bei Eintritt der kalten Jahreszeit hinausgehen werden und daß darunter auch Schleichhändler sein werden. Wenn gesagt wird, daß es leichter wäre, Holz nach Wien zu bringen, so müsse berücksichtigt werden, daß hierbei die Waggon- und Transportfrage eine große Rolle spielt. Und wenn auch gesagt wird, daß die Gendarmerie keinen Schutz bieten wird, weil sie keine Autorität habe, so müsse darauf verwiesen werden, daß die Herren von der Minderheit alles tun, um die staatliche Ordnung zu untergraben und sogar die Leute auffordern, dem Staate zu verweigern, was das Staatliche ist.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen. Der Antrag Glasauer der Geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuge-

Anforderung der Stundenhötel. Angesichts der ständig steigenden Wohnungsnot hat der ortsführende Stadtrat Grünwald die Verfügung getroffen, dass die sogenannten Stundenhötel soweit dies nicht schon bisher geschehen ist, durchgreifend anzufordern sind. Das Wohnungsamt hat unterm 7. Oktober 36 dieser Hötel zur Gänze angefordert, welche am 20. November d. J. geräumt zu übergeben sind. Um diese Gebäude möglichst rasch und ohne zu umfangreiche Adaptierungen benützen zu können, soll der Versuch gemacht werden, einen Teil derselben als Blinktchenhäuser einzurichten.

GR. Alt (Soz. Dem.) berichtet noch über den Ankauf des sogenannten Drasche Schlössel im X. Bezirk von der Stiftung „Haus der Barmherzigkeit“ für Wohnungsfürsorgezwecke um den Pauschalbetrag von ~~250.000 K.~~ insgesamt 375.000 K.. Der Referent bemerkt, daß das Objekt bereits seit längerer Zeit von der Gemeinde zur Unterbringung Obdachloser gepachtet worden war und nun angekauft wurde.

Die Anträge des Referenten werden genehmigt.

GR. Maider (christlichsoz.) erhält sodann zu einem von ihm eingebrachten Dringlichkeitsantrag das Wort zur Begründung und führt aus, dass in den letzten Wochen in den Hauptwerkstätten der Strassenbahnen der Arbeiter Käsmayer entlassen wurde, angeblich weil er seinen Dienst frühzeitig verlassen hat und über Mittag den Schlüssel zum Arbeitsort nachhause mitnahm. Nach den eingeholten Erkundigungen liegt nun gegen Käsmayer nichts weiter vor, als dass er einige Minuten ~~früh~~ vor Arbeitsschluss die Werkstätte verliess, was andere Arbeiter gleichfalls getan haben und wozu ihn sein Vorgesetzter ausdrücklich ermächtigt hat. Es gehe doch nicht an, dass man einen braven, ruhigen und verlässlichen Arbeiter wegen einer solchen Kleinigkeit so drakonisch behandle. Man wolle die Maßregel mit dem Abbau der Bediensteten begründen, aber auf diese Art darf man nicht abbauen, es gibt andere Wege. Redner ~~betont~~ betont, man verstehe erst diese Maßregelung, wenn man erfahre, daß dieser ganz einfache stille Mensch ein Mitglied der christlichen Eisenbahner ist. Der Gemeinderat möge beschließen, diese Entlassung aufzuheben und den Arbeiter wieder in den Dienst der Gemeinde übernehmen.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt, da die Sozialdemokraten dagegen sind. (Rufe bei den Christlichsozialen: Was ist denn Genossen! Wo bleibt die Solidarität, Proletarier aller Länder vereinigt euch! Gegenrufe Links: Nichts ist!).

Hierauf wird die öffentlich Sitzung geschlossen.